

«Wir sind Gefangene des Systems»

«Wir können mit dem Steuerfuss nicht einfach machen, was wir wollen», sagt Freienbachs Säckelmeister Alain Homberger

Freienbachs Säckelmeister Alain Homberger steht Red und Antwort zu den Kantonsfinanzen und zur bevorstehenden Schwyzer Steuerdebatte.

JÜRIG AUF DER MAUR

Sie sind Säckelmeister der reichsten Schwyzer Gemeinde. Sie haben das gleiche Problem wie Ihr Parteikollege und Finanzdirektor Kaspar Michel. Sie haben in Freienbach einfach zu viel Geld.

Ganz so ist es nicht. Ich wehre mich immer gegen den Titel, Säckelmeister der reichsten Gemeinde im Kanton zu sein.

Was ist denn richtig?

Wir sind die Gemeinde mit den wohlhabendsten Steuerzahlenden. Die Gemeinde an sich ist nicht automatisch die reichste. Im Gegenteil, wir sind Gefangene des Systems. Ausserschwyz und insbesondere der Bezirk Höfe haben sich als Standort für Tiefsteuern etabliert. Deshalb hat es so viele Wohlhabende.

Aber Gefangene des Systems? Mir kommen die Tränen!

Die Wohlhabenden finanzieren zu einem grossen Teil den Kanton Schwyz. Zwei Drittel der Steuereinnahmen stammen aus den Höfen. Wir können mit dem Steuerfuss nicht einfach machen, was wir wollen. Gehen wir

mit den Steuern rauf, sinkt die Attraktivität des Kantons. Man hat sich früher für diesen Weg entschieden, und jetzt kommen wir da nicht mehr raus.

Auch Freienbach kann doch die Steuern erhöhen?

Ja, niemand zwingt uns, das nicht zu tun. Aber Leidtragender wäre der ganze Kanton. Wir fühlen uns auch mitverantwortlich.

Ziehen die Reichen sonst weg, wenn Sie die Steuern erhöhen?

Als wir von 65 auf 85 Prozent einer Einheit erhöhten, wollte jemand an der Gemeindeversammlung genau wissen, wie viele Leute deswegen wegziehen.

Und?

Das ist eine kurzfristige Optik. Es ist doch klar, dass in so kurzer Zeit niemand wegzieht. Aber es kommt niemand mehr. Eines Tages würden wir allein schon aus biologischen Gründen die Zeche bezahlen. Alte Wohlhabende sterben, junge kommen nicht nach. Wir müssen also ständig dafür schauen, dass wir für Neuzuzüger attraktiv bleiben.

Die Steuerunterschiede im Kanton sind riesig. Das hält sogar die Regierung im Bericht «Finanzen 2020» fest.

Ja, aber man muss die Gesamtsteuerfüsse betrachten, also nicht nur jene der Gemeinden, sondern zusätzlich auch jene des Bundes, der Bezirke, des Kantons oder der Kulturgemeinden. Dann sind die Unterschiede

im Kanton Schwyz gar nicht mehr so gross. Dazu kommt, dass alle im Kanton von den national gesehen sehr tiefen Steuern profitieren.

Sie haben also kein schlechtes Gewissen?

Nein, das muss ich wirklich nicht haben. Als Gemeinde sind wir ja sehr zurückhaltend und sparsam. Wir haben zum Beispiel auf den Bau der Mehrzweckhalle mit Parkhaus zugunsten von einzelnen Verbesserungen für die Sportvereine und den musischen Unterricht verzichtet, um die Bedürfnisse kostengünstiger abzudecken. Zudem muss man das Ganze differenziert betrachten. Die Lebenshaltungskosten sind bei uns höher.

Das gilt doch auch für Schwyz. Hier können die Steuern nicht gesenkt werden, weil das die Zentrumslasten der Gemeinde verunmöglicht. Ist das denn einfach ein Gejammer des Gemeinderates?

Nein, das ist so. Schwyz hat als Hauptort ganz sicher solche Lasten und ist in einer ganz anderen Situation als andere Gemeinden. Im Gegensatz zu uns hat Schwyz aber noch viel Potenzial. Wir haben kein Land mehr, Freienbach und Pfäffikon sind gebaut, immobilisiert. Wenn bei uns jemand sein Unternehmen vergrössern will, geht das nicht. Dann müssen wir sagen: «Sorry, Sie müssen sich anderswo umsehen.»

Schwyz nicht?

Schwyz hat ungeahnte Möglichkeiten und Baureserven. Der Ort, die Landschaft, die Natur sind sehr schön. Mindestens was die Dörfer betrifft, kann das ja – auch wenn ich mir da wenig Freunde mache daheim – niemand von Freienbach behaupten. Auch unser hohes Eigenkapital ist eigentlich ein Nonvaleur. Es ist Land, das der Gemeinderat zum Beispiel zur Optimierung der Verkehrssituation einsetzen wollte. Die Bürgerschaft hat das aber an der Urne abgelehnt.

Zurück zum Kanton: Hier gehen nun die Parteienforderungen von einer Änderung der Steuerprogression bis zu einer Steuerfussenkung um vierzig Prozent. Was denken Sie, was wäre richtig?

Es ist nicht an mir, Schwyzer Kantonspolitik zu machen. Aber sie interessiert mich selbstverständlich. Die Finanzlage ist meiner Ansicht nach verzwickelt. Aber den Gemeinden nützt eine Übernahme von Kosten durch den Kanton mehr als die Senkung des Steuerfusses. Das zeigt die jetzt gutgeheissene Übernahme der Ergänzungsleistungskosten durch den Kanton. Das gibt den Schwyzer Gemeinden Raum, ihre eigenen Ideen umzusetzen und Projekte zu realisieren.

Die Regierung wehrte sich dagegen.

Es braucht verschiedene Wege. Ich bin auch für eine Anpassung der Steuerprogression, wenn sie die tiefsten Einkommen betrifft.

Mit der Mittelstandsdiskussion habe ich schon mehr Mühe. Was heisst das? Ich bin auch Mittelständler. Im Kanton St.Gallen, in dem ich früher lebte, schmerzte mir quasi der Rücken beim Liegen. Da zahlt man sich dumm und dämlich. Im Kanton Schwyz ist das doch ganz anders. Hier ist die Steuerbelastung moderat.

Was heisst das?

Es ist sicher richtig, sich beim Kanton für jene einzusetzen, die es wirklich nötig haben. Auch wenn sich dann bei den tiefsten Einkommen schnell die Frage stellt, ob es staatspolitisch nicht doch sinnvoller wäre, wenn auch sie ihren Obolus abzugeben hätten. Das muss sich auch die SP überlegen, die immer wieder fordert, dass sich alle nach ihren Möglichkeiten am Staat beteiligen sollen. Die SP meint damit jeweils nur die Reichen.

Aber Sie sind für eine Anpassung der Progression?

Ja, aber wie gesagt nur, wenn nur die unterste Einkommenskategorie profitiert. Eine Anpassung beim Mittelstand kann schnell zu sehr grossen Steuerausfällen führen. Man muss sicherstellen, dass noch genügend Steuersubstrat da ist, um die Ausgaben des Kantons zu finanzieren.

Würden da die Begüterten aus den Höfen noch mitmachen – wenn der Steuerfuss so bleibt, wie er ist?

Ich könnte mir das vorstellen. Es ist ja nicht so, dass Reiche keine

Steuern bezahlen wollen. Sie sehen auch, dass sie ihren Beitrag leisten müssen.

Der Finanzausgleich soll reformiert werden.

Das läuft bereits in die richtige Richtung. Der Kanton übernimmt gewisse Aufgaben von den Gemeinden, die so mehr Freiraum für Steuersenkungen und eigene Projekte erhalten.

An den Innerschwyz Gemeindeversammlungen wird Freienbach für den Beitrag an den Finanzausgleich jeweils kräftig von den Gemeinderäten gedankt.

Das wollen wir nicht, das ist uns gar nicht recht. Selbstverständlich zahlen wir gerne unseren Teil an die anderen Gemeinden, die so am «Erfolgsmodell Höfe» partizipieren.

Wie würden Sie im Dezember im Kantonsrat stimmen: für eine Steuersenkung?

Ja, für dreissig Prozent.

Ist das ein Kompromiss?

Ja, das ist ein guter Kompromiss, und er wird sich wohl durchsetzen. Auch wenn es mir für Regierungsrat Kaspar Michel und die Schwyzer Regierung, die eine Senkung um zwanzig Prozent vorschlägt, fast leidtut.

Sie gelten doch als so etwas wie der Berater von Finanzdirektor Kaspar Michel?

Nein, im Gegenteil (lacht). Kaspar Michel ist mit uns ganz und gar nicht immer zufrieden!

Die nächsten Gemeinden sind dran

Kunstdenkmäler im Kanton Schwyz – der Abschluss der Arbeit dauert sicher noch 15 Jahre. Noch zwei Bände sind ausstehend.

JOSIAS CLAVADTSCHER

Die Inventarisierung der Kunstdenkmäler im Kanton Schwyz ist einen Schritt weiter. Nach den Bänden über die Gemeinde Schwyz (1978), die Bezirke March (1989), Einsiedeln (Doppelband 2003) und Höfe (2010) ist jetzt der Band über den östlichen Teil des Bezirks Schwyz abgeschlossen und veröffentlicht worden. Er umfasst die Gemeinden Muotathal, Morschach, Illgau, Oberberg, Unterberg, Alpthal und Riesenstalden.

Etwa ein Drittel des Umfangs betrifft die Gemeinde Muotathal. Sehr ergiebig war auch das Inventar in der Gemeinde Mor-

schach. Wie Inventarisator und Autor Michael Tomaschett begeistert schildert, habe dort auch eine eigentliche Überraschung auf die Entdeckung gewartet.

Im «Schlössli» sei man bei der Untersuchung der Fundamente auf einen mittelalterlichen Wohnturm gestossen, von dem niemand mehr etwas gewusst habe. Auch die Kirchenschätze seien an den meisten Orten oft sehr wertvoll und faszinierend.

Den Wert der Kulturgüter vermitteln

Neben der Inventarisierung und Publikation hat dieses Werk auch zum Ziel, die Eigentümer – Gemeinden, Pfarreien, Kirchgemeinden und Private – für den Wert dieser Kulturgüter zu sensibilisieren. Für Tomaschett symptomatisch sei zum Beispiel wie Sakristane, kulturinteressierte Behörden oder Private häu-

fig mit Stolz «ihre Schätze» präsentieren.

Umgekehrt könne man dort begeistern, wo das bisher nicht oder weniger der Fall gewesen sei. Nur wer schliesslich von der Bedeutung der Objekte wisse, könne sie auch schützen.

Für einige Objekte sei dies durchaus wichtig geworden, andere seien bereits hervorragend geschützt. Ebenso wie die Archive unterschiedliche Standards aufweisen: einzelne sind hervorragend konserviert und erschlossen, andere nicht.

Wichtig ist weiter, dass Tomaschett jeweils den von ihm bearbeiteten Archiven eine detaillierte Zusammenstellung überlässt. Ebenso wie neben dem veröffentlichten Band zusätzlich im Staatsarchiv eine umfangreiche, viel grössere Dokumentation zu den einzelnen Objekten angelegt wird.

Tomaschett hat sich in seiner Arbeit auf die Archive von

Gemeinden, Kirchgemeinden und Pfarreien sowie auf die Kenntnisse von Gewährsleuten vor Ort gestützt. An dem nun abgeschlossenen Band hat der Kunsthistoriker Tomaschett gesamthaft rund neun Jahre gearbeitet, allerdings mit Unterbrüchen für andere Aufträge des Kantons.

Er empfinde es aber als «ein Privileg, sich über eine längere Zeit mit diesem Projekt befassen zu können». Was ihn antreibt? Es sei «Gwunder», detektivisches Gespür und Hartnäckigkeit – und auch die Kontakte zu den Leuten.

Die Arbeit für Rothenthurm hat bereits begonnen.

Nach fünf Bänden bleiben noch zwei, bis der Kanton Schwyz vollständig neu bearbeitet worden ist. Der nächste Band umfasst die Gemeinden Ingenbohl, Steinen, Steinerberg, Sattel, Rothenthurm und Lauerz. Die Ar-

beit für Rothenthurm hat bereits begonnen.

Tomaschett geht jeweils Gemeinde für Gemeinde vor. Je nach Situation oder bei Meldungen von aussen werden aber auch Inventarisierungen vorweggenommen. Der siebte und letzte Band wird sich dann mit dem Gebiet rund um die Rigi befassen: Arth, Gersau und Küssnacht. Vor allem von Steinen, Ingenbohl, Gersau, Arth und Küssnacht erwarte er einen sehr reichhaltigen und interessanten Bestand.

Wenn man von der Schätzung ausgeht, dass ein Band sieben bis neun Jahre Arbeit erfordert, ist gegen 2030 mit der nächsten Ausgabe zu rechnen, im Jahr 2037 dann mit dem Abschluss der ganzen Arbeit. Das könnte fast hinreichen, erklärte der heute 53-jährige Michael Tomaschett, «wenn bis dann vielleicht das Pensionsalter hinaufgesetzt wird».

IN KÜRZE



Ein Brand in einem Einfamilienhaus

Goldau. Am Samstag, kurz vor 16 Uhr, ist es im Dachstock eines Einfamilienhauses in Goldau zu einem Brand gekommen. «Die sofort ausgerückte Feuerwehr der Gemeinde Arth konnte den Brand rasch unter Kontrolle bringen», schreibt die Kantonspolizei Schwyz in einer Medienmitteilung: «Zwei Bewohner wurden mit Verdacht auf Rauchgasvergiftung mit dem Rettungsdienst zur Kontrolle ins Spital überführt.» Am Haus entstand massiver Rauch- und Brandschaden. Zwecks Klärung der Brandursache wurde eine Untersuchung eingeleitet./Kapo SZ

«Die Mitte» und die GLP sind gegen eine 40-Prozent-Senkung

Jetzt liegen auch die Steuerideen der Schwyzer Grünliberalen auf dem Tisch.

JÜRIG AUF DER MAUR

Am Mittwoch entscheidet der Kantonsrat, wie hoch der kantonale Steuerfuss nächstes Jahr sein soll. Verschiedene Vorschläge liegen auf dem Tisch. Nun reagiert auch die Grünliberale Partei (GLP) und legt ihre Ideen vor. Für sie ist klar, eine maximale Senkung um vierzig oder dreissig Prozent, wie das

die FDP und die SVP vorschlagen, wird «im jetzigen Zeitpunkt nicht für sinnvoll» erachtet.

GLP fordert, dass der Kanton Prämienverbilligung übernimmt

Die GLP setzt sich wie die Regierung für eine Steuersenkung von 150 auf 130 Prozent einer Einheit ein. Mit zwei Motionen werden aber weitere Entlastungen gefordert. So will die Partei bei der Grundstückgewinnsteuer ansetzen. Der Kanton durfte mit dem letzten Entlastungsprogramm neu 75 Prozent der Grundstückgewinnsteuer einkassieren. Mit der Motion

wird eine Rückkehr zu den alten Vorgaben gefordert, die Grundstückgewinnsteuer sei wieder hälftig zwischen dem Kanton und den Gemeinden und Bezirken aufzuteilen.

In die gleiche Richtung geht auch der zweite Vorschlag der Grünliberalen, für den ebenfalls eine Motion eingereicht wurde. Die Partei verlangt, dass der Kanton von den Gemeinden die ganzen hundert Prozent der Prämienverbilligung übernimmt. Auch ein Vergleich mit anderen Kantonen zeige, dass die Gemeinden keine Beiträge an die Prämienverbilligungen zu zahlen hätten.

Bis zu 30 Millionen Kosten weniger für die Gemeinden

Beide Vorschläge zusammen schenken bei den Gemeinden stark ein und erhöhen damit ihre Flexibilität: «Die Vorschläge haben für die Gemeinden zur Folge, dass einerseits weniger Geldmittel – zehn bis zwölf Millionen Franken – zur individuellen Prämienverbilligung abfliessen und andererseits wie vor der Steuerreform mehr Geldmittel (16 bis 18 Millionen Franken) aus der Grundstückgewinnsteuer den Gemeinden zur Verfügung stehen», heisst es in einer Medienmitteilung der GLP.

Das bedeutet: Die Gemeinden hätten 26 bis 30 Millionen Franken mehr pro Jahr, was pro Kopf 160 bis 190 Franken entspricht. Im Gegensatz zu einer umfangreicheren Steuersenkung wären die Motionen aber nicht bereits im nächsten Jahr wirksam, weil sie zuerst debattiert und in Kraft gesetzt werden müssten.

Das sieht auch «Die Mitte» so, wie deren Präsident Bruno Beeler (Goldau) festhält. Auch für seine Partei sei eine Steuersenkung um vierzig Prozent ein absolutes «No-Go», das gar nicht in Frage komme. Genau deshalb habe «Die Mitte» schon früher

vorgeschlagen, was die GLP nun per Motionen fordere.

«Steuerprogression zu ändern wäre eine filigrane Geschichte»

Weiter gehende Entschlüsse will die Partei noch diese Woche anlässlich der Fraktionssitzung fassen. «Dann werden wir diskutieren, wie wir strategisch vorgehen und was wir wann fordern», so Beeler.

Beeler hält auch nichts von der SP-Forderung, die Steuerprogression zu ändern. Das sei eine «filigrane Geschichte», die wenn schon langfristig zu prüfen und zu besprechen wäre.